

Es gilt das gesprochene Wort.

Anja Weber, Landesvorsitzende DGB NRW
für den Düsseldorfer Appell zum Antikriegstag am 1. September 2021

Für uns Gewerkschaften ist der Antikriegstag ein besonderer Tag: Am 1. September erinnern wir bundesweit auf den Straßen und Plätzen daran, dass an diesem Tag im Jahr 1939 mit dem Überfall von Nazi-Deutschland auf Polen der Zweite Weltkrieg begann.

Der Antikriegstag ist für uns ein Tag des Erinnerns daran, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt.

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! 82 Jahre später ist diese Mahnung von bedrückender Aktualität. Es gab Zeiten, da war aus Deutschland die Stimme für Frieden, Abrüstung und aktive Entspannungspolitik in der Weltgemeinschaft deutlich klarer zu hören.

Die Bilanz der aktuellen Bundesregierung ist ernüchternd. Deutschland steht bei den Rüstungsausgaben weltweit ganz vorn auf Platz sieben und weist unter den führenden zehn Rüstungsnationen mit einem Plus von über fünf Prozent die größten Zuwachsraten auf. 47 Milliarden Euro gibt Deutschland in diesem Jahr für Rüstung aus.

Und wenn es nach der scheidenden Bundeskanzlerin ginge, sollte Deutschland bis 2030 die NATO-Zielvorgabe erfüllen und zwei Prozent des BIP für Verteidigung ausgeben. Dies entspräche einer weiteren Steigerung um mehr als 20 Milliarden Euro.

Wir sagen: No2percent! Denn wir müssen die verhängnisvolle Logik von Aufrüstung und Abschreckung überwinden. Eine Logik, die inzwischen wieder das Weltgeschehen prägt und gerade in Afghanistan so krachend gescheitert ist. Diese Politik hat nicht nur viele Leben gekostet, sie hat gerade der westlichen Weltgemeinschaft eine nicht wieder gut zu machende moralische Schlappe eingebracht.

Vor 40 Jahren demonstrierten im Oktober 1981 400.000 Menschen in Bonn gegen den Nato-Doppelbeschluss für Frieden, Abrüstung und Entspannungspolitik. Daran knüpfen wir an: Wir müssen uns wieder dem Frieden widmen – und auch genauer hinschauen, was da gerade in der Welt passiert: Das internationale Wettrüsten hat unfassbare Ausmaße erreicht.

Es gab mal eine Zeit, da wurde mit großer Hartnäckigkeit an internationalen Verträgen zur Rüstungskontrolle gearbeitet. Heute gibt es nur noch einen einzigen Rüstungskontrollvertrag, der das Trump Regime überstanden hat.

Da wäre es doch mal ein gutes Zeichen, Deutschland ginge mit gutem Beispiel voran: wir fordern von der nächsten Bundesregierung, dass sie die deutsche Verweigerungshaltung aufgibt und endlich den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnet.

Die Hoffnung, dass nach Beendigung des Ost-Westkonfliktes Kooperation entstehen würde, hat sich nicht erfüllt.

Im Gegenteil: USA, China und Russland konfrontieren sich gegenseitig mit ihren Großmachtansprüchen. Die Nato diskutiert eine neue „2030-Strategie“, mit der sie sich gegenüber Russland, China und weltweit behaupten will und dazu soll stärkeres Engagement im indo-pazifischen Raum gehören. Ja, wir brauchen auch weltweites Engagement für Demokratie, ökologischen Wandel und soziale Gerechtigkeit. Aber das ist ganz bestimmt keine militärische Aufgabe!

Es ist traurig, dass diese Themen auch im aktuellen Bundestagswahlkampf kaum eine Rolle spielen. Dabei führen uns die aktuellen Geschehnisse in Afghanistan doch dramatisch vor Augen, welche fürchterlichen Konsequenzen dieses Block- und Konfrontationsdenken hat. scharfmacherische Empörung und Aufwiegelung gegen wen auch immer führt doch nicht zu Wahrung von Menschenrechten und Menschenwürde, sondern vor allem zu Leid und Krieg.

Afghanistan ist auch ein weiteres Beispiel für das Scheitern einer Politik, die an dem Irrglauben festhält, Demokratie ließe sich mit militärischen Mitteln durchsetzen.

Nach über zwanzig Jahren des Afghanistan-Einsatzes stehen das Land und seine Menschen am Abgrund. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme belasten das Land schwer. Weite Teile der afghanischen Bevölkerung leben noch immer in Armut. Der Westen hat viel zu sehr auf militärische Intervention gesetzt. Er hat sich mit fragwürdigen Warlords verbündet und tatenlos zugesehen, wie die wechselnden Regierungen in Kabul die bereitgestellten Hilfsgelder in die eigene Taschen wirtschafteten.

Die verheerende Lage in Afghanistan führt uns tagtäglich vor Augen, dass Krieg als Mittel der Politik nicht funktioniert. Und sie zeigt, dass man einen Militäreinsatz nicht einfach beenden und sich aus der Verantwortung stehlen kann, wenn man ihn einmal begonnen hat.

Es ist grauenhaft, dass Menschen, die sich für Demokratie, für Frauenrechte, für Menschenwürde eingesetzt haben, jetzt um ihr Leben fürchten, erleben, dass Freunde, Angehörige umgebracht wurden. All das passiert, weil Politik sich nicht gekümmert hat! Schlimmer noch, einige betonen jetzt, 2015 dürfe sich nicht wiederholen. Denen sage ich, dann sollen sie dringend das C im Namen ihrer Parteien ersetzen durch ein V für Verantwortungslosigkeit!

Alles, was jetzt noch für diese Menschen getan werden kann, muss getan werden und zwar ohne Wenn und Aber. „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Das ist die Mahnung der Gewerkschaften am jährlichen Anti-Kriegstag.

Wir brauchen eine Bundesregierung, die sich für dieses Motto mit aller Entschlossenheit einsetzt. Die Weichen dafür werden bei der Bundestagswahl am 26. September gestellt. Es ist höchste Zeit, das Ruder herum zu reißen! Was wir endlich brauchen, ist eine andere Sicherheitspolitik.

Eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, die auf Entspannung und Kooperation setzt statt auf Konflikt und Konfrontation. Eine Sicherheitspolitik, die sich auf das Ziel sozialer statt

militärischer Sicherheit konzentriert. Eine Sicherheitspolitik, in deren Mittelpunkt Konfliktvermeidung und Krisenprävention stehen.

Eine Sicherheitspolitik, die Fluchtursachen bekämpft, statt immer neue Fluchtursachen zu schaffen. Eine solche Politik der gemeinsamen Sicherheit erreichen wir nur durch Abrüstung.

Ständig steigende Militärausgaben lösen keine Probleme – im Gegenteil: Sie halten uns gerade in diesen Zeiten des Wandels davon ab, die drängendsten Probleme zu lösen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren.

Die Bundestagswahl entscheidet aber nicht nur darüber, wie sich Deutschland künftig bei den Themen Rüstungsausgaben und Waffenexporten aufstellt. Es geht auch darum, wie sich unser gesellschaftliches Klima grundsätzlich entwickelt. Auch verbal muss abgerüstet werden.

Hass, Hetze und Menschenfeindlichkeit haben in den letzten Jahren Einzug ins Parlament und in die Gesellschaft erhalten. Daran dürfen wir uns nicht gewöhnen. Die Bundestagswahl sollte von allen Demokrat*innen genutzt werden, um deutlich zu machen: Wir stehen hinter unserer offenen, friedlichen und toleranten Gesellschaft und wir sind die ganz große Mehrheit! Wir bieten Ausgrenzung, Rassismus und Intoleranz entschieden die Stirn!

Das bedeutet: Klare Kante gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Völkischen Nationalismus! Und vor allem eine neue Politik, die sich dem Frieden verschreibt, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie und dem ökologischen Wandel!

Glückauf